

# Parlament will Schulsozialarbeit sichern

**FRIEDRICHSDORF** Stadtverordnete sehen Kreis in der Pflicht

VON OLIVERA GLIGORIC-FÜRER

Es ist ein flammender Appell. „Wenn uns die Jugend wichtig ist und wir die problematischen Fälle lösen wollen, dann ist es verdammt wichtig, dass wir die Jugendarbeit dort fördern, wo die Jugendlichen schon sind“, fordert Nicolas Schallmayer in der Stadtverordnetenversammlung. Dort hat der Stadtverordnete der Partei Lebendiges Friedrichsdorf am Donnerstag einen Antrag zur Finanzierung der Schulsozialarbeit an der Philipp-Reis-Schule (PRS) eingebracht. „Der Magistrat wird gebeten, kurzfristig mit den zuständigen Stellen des Hochtaunuskreises in Verbindung zu treten, um gemeinsam die Finanzierung der beiden Ganztagsstellen der Schulsozialarbeit in der PRS als Dauereinrichtung sicherzustellen“, so der Antrag.

Das Wort „gemeinsam“ stört die Stadtverordneten, doch dazu gleich. Schallmayer, selbst Vertretungslehrer an der PRS, betont, wie wichtig die Schulsozialarbeit sei. Die beiden Schulsozialarbei-

ter Sven Küster und Sandra Gonzales pflegten eine offene-Tür-Politik, die von den Schülern rege genutzt werde: „Die beiden Büros sind immer gut besucht“, berichtet Schallmayer, und die beiden Schulsozialarbeiter stünden auch nach dem Unterricht zur Verfügung. Vermehrt würden soziale und familiäre Probleme in die Schule verlagert, beschreibt der Parlamentarier. Und auch wenn er wisse, dass die Verantwortung der Finanzierung beim Kreis und beim Land liege und es „finanziell schwierige Zeiten“ seien: „Wir dürfen das nicht an den Jugendlichen auslassen“, mahnt er.

Dafür erhält er breite Zustimmung von allen Fraktionen. Die Stellen finanzieren wollen die Stadtverordneten aber nicht. Daniela Fox, Fraktionsvorsitzende der Grünen erklärt, dass die Grünen dem Kreis einen entsprechenden Antrag zur Finanzierung der Schulsozialarbeit bereits vorgelegt hätten. Sie fährt fort: „Wir sehen ganz klar den Kreis als Schulträger in der Pflicht.“ Fox beantragt die Streichung des Wortes „ge-

meinsam“, denn dieses Wort impliziere eine „Mit-Finanzierung“ der beiden Ganztagsstellen: „Diesen Automatismus möchten wir nicht mittragen.“ Die angedachten Gespräche mit dem Kreis befürwortet sie allerdings.

## „Klarer Hilferuf“ der Schule

Jochen Kilp, Fraktionsvorsitzender der FDP, stimmt Fox zu: Es gehe nicht, dass das Land und der Kreis sich „wegducken“, während „die Stadt mit Geldern in die Bresche springt.“ Es sei „nicht die Aufgabe der Stadt, die Lücken zu füllen, die der Kreis aufklaffen lässt“, untermauert Antonio Ponzi (FWG). Birgit Brigl, SPD-Fraktionsvorsitzende, befürwortet die Gesprächssuche mit dem Kreis und wünscht genauso wie Schallmayer eine baldige Kontaktaufnahme, möglichst „vor den Haushaltsberatungen.“ Brigl will „ergebnisoffen“ in die Gespräche zu gehen, denn: „Wir müssen eine Lösung dafür finden“, die Schule habe einen klaren Hilferuf an die Stadt gerichtet.

Claudia Schlick, Fraktionsvorsitzende der FWG, erinnert an die Rechtsgrundlage (Paragraf 13a, SGB 8), nach welcher die Schulsozialarbeit Aufgabe des Kreises sei. Im Falle der PRS, so Katja Gehrmann, Fraktionsvorsitzende der CDU, werden die Schulsozialarbeiter vom Diakonischen Werk bezahlt, daher hinterfragt sie, ob die Schulsozialarbeit eine reine Aufgabe des Kreises sei.

Nach Rücksprache mit der Schulleiterin Frauke Piorreck, erläutert diese: „Das Diakonische Werk verwaltet die beiden Stellen und übernimmt das Personalmanagement“, die Schule selbst dürfe kein Personal einstellen. Das heißt, Küster und Gonzales sind zwar beim Diakonischen Werk angestellt, werden aber voll aus den Mitteln des Landes Hessen für das Ganztagskonzept finanziert. Die PRS habe seinerzeit einen Träger gesucht und im Diakonischen Werk einen Partner gefunden, so Piorreck. Die Stadtverordneten nehmen Schallmayers Antrag einstimmig an – mit der gewünschten Änderung.